

Berlin, Dienstag,

Die Zeitung erscheint in der Woche  
zweimal.

**Bezugs-Preis:**

Wochentlich  
für Berlin 7 Mk., 50 Pf., ohne Postnach-  
nahme für ganz Deutschland 9 Mk.,  
Deutschland 13 Mk., 82 Pf., Ausland  
4 Mk., 55 Pf., Holland 7 Pf., 50 Cts.

Für Frankreich, Belgien, England,  
Schweiz, Amerika usw. Kreuzband-  
Gebund 20 Mk. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen:  
für England in London bei  
Ang. Steale 30 Vine Street E.C. und  
Cowie & Co. 19 Gresham Street E.C.

Telegramm-Adresse:  
**Börsenkrone.**

Morgen- **Nr. 5.** Ausgabe.

# Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen  
bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8, Kronenstraße Nr. 37.  
Annahme der Ankerate: In der Expedition.

den 5. Januar 1909.

Als besondere Beilagen erscheinen:  
**Verdingungs-Anzeiger.**

**Hotels- und Bäder-Anzeiger.**

**Vollständige Diebstahl-Listen der  
Preussischen Klassen-Lotterie.**

**Allgemeine Verlosungstabellen  
mit Restanten-Listen**  
und viele andere wichtige tabellarische  
Uebersichten.

**Insertions-Gebühr:**

Die viergespaltene Zeile 60 Pf.  
Restanteileil 1 Mk.

Preisprophet:  
**Amt I, Nr. 243.**

## Dom Tage.

Einer Nachricht aus London zufolge wird der Besuch des englischen Königspaars in Berlin in der zweiten Woche des Februar erfolgen.

Der Präsident der russischen Duma Gromajew teilte den Vertretern der Presse mit, er habe während der Audienz beim Zaren den Eindruck gewonnen, daß die Auffösung der Duma zweifellos nicht erfolgen werde.

Der bulgarische Ministerrat beschloß, da die Fortsetzung der Wiederaufnahme der Verständigungsverhandlungen bereit erklärte, Ende der Woche den Minister Ruzhiczew nach Konstantinopel zu entsenden.

Eine 500 Gläubiger der Düsseldorfer Spargesellschaft nahmen gestern einen Vergleichsvorschlag an und verpflichteten sich, innerhalb der nächsten vier Wochen nichts gegen die Gesellschaft zu unternehmen.

## Mißverständnisse.

„Wir freuen uns, sagen zu dürfen, daß die Konservativen im Reichstage sich zu jedem Opfer bereit erklärt haben; wenn sie auch die Form, in der nach Ansicht der verübenden Regierungen direkte Steuern für das Reich herangezogen werden sollen, nicht billigen, so werden sie doch eine andere Form vorschlagen und in der Sache selbst nicht auf den alten Parteigrundsätzen bestehen, um nicht einer Einigung mit den Liberalen unüberwindliche Schwierigkeiten zu bereiten.“

Wörtlich so las man es am Reichstagsfesttage in dem sprechenden Organ der preussischen und Deutsch-Konservativen. Und es gab wirklich Leute, die nichts Gütigeres zu tun hatten, als diese angebliche Opferbereitschaft der Konservativen mit der Nachlässigkeit der Konservativen zu bringen und es bereits für gewiß anzusehen, daß für diesen Steuer-vorschlag der Regierungen die zuvor wahrgenommenen Schwierigkeiten nun endlich aus dem Wege geräumt seien. Manentlich in der freisinnigen Presse — die national-liberale freilich war mit ihrem Urteil zurückhaltender, in ihren Schlussfolgerungen vorsichtiger — kam vielfach die Heberzeugung zum Ausdruck, — kam vielfach die Heberzeugung konservativen Organ so stark und so weitnützlich freilich betonten Nachgiebigkeit und mit der Verdeißung, daß „in der Sache selbst nicht auf den alten Parteigrundsätzen bestanden werden solle“, könne wohl nur die Nachlaststeuerfrage gemeint sein. Schon um deswillen, weil es ja geradezu wie Hohn klingen würde, falls jene patriotische Versicherung etwa auf weiter nichts als auf eine Einwilligung der Konservativen in eine gleichviel wie beträchtliche Erhöhung der Matrifularumlagen hinauslaufen sollte.

Inzwischen hat sich nun bereits herausgestellt, daß es sich bei dieser Auffassung wieder einmal nur um ein „Mißverständnis“ handelt. Um ein Mißverständnis, das noch dazu dem konservativen Organ, das es herbeigeführt hat, unentwärtlich erscheint. Denn nicht und nichtern erklärt neuerdings die „Kreuz-Ztg.“ — und zwar gegenüber den gewagtesten Kommentaren — mit denen ihre „Bemerkung“ (!) in ihrer vorigen Wochenchau von der liberalen Presse versehen worden sei —, es sei wirklich nicht richtig, daß sich die Meinung der Konservativen über die Nachlaststeuer geändert habe.“ Vielmehr behalte es sein Bewenden bei dem, was zuvor von den Rednern der Partei und von der ganzen konservativen Presse über sich gegen die Nachlaststeuer gesagt worden sei.

Mit den Hoffnungen, daß sich innerhalb der Konservativen in der Nachlaststeuerfrage ein Umstich angebahnt habe, ist es also nichts. So weit geht die vorgebliche Opferbereitschaft der Partei nicht, vielmehr wollen sie nach wie vor auf dem Standpunkt beharren, den sieherzeit bei der ersten Lesung der Reichsfinanzreform- und Steuerentwürfen der Abg. Graf

Schwerin-Böwig in den bekannten von ihm verlesenen „Leitsätzen“ ausgesprochen hat. D. h. von ihren „alten Parteigrundsätzen“ wollen die Konservativen nur insoweit etwas nachlassen, als sie bereit seien, für eine Heranziehung des Besitzes zugunsten der Reichskasse den Weg durch eine verstärkte Belastung der Einzelstaaten mit Matrifularumlagen freizumachen.

Wieso hierin für die Konservativen ein Abweichen von „alten Parteigrundsätzen“ liegen soll, das wird freilich manchem unerschrocken erscheinen. Denn es sind ja nachgerade rund vierzig Jahre, daß sich die Konservativen das System der Matrifularbeiträge haben gefallen lassen, ohne es so besonders betont zu haben, daß sich dieses System mit ihren Parteigrundsätzen nicht vertrage. Aber nicht hierauf hinzuweisen, ist der eigentliche Zweck dieser Betrachtung. Diese bezweckt vielmehr, darauf aufmerksam zu machen, in wie auffälliger Weise das führende konservativ-blatt während des ganzen langen Verlaufs der seitherigen Erörterungen über die Finanzreform- und Steuerfragen solchen „Mißverständnissen“, wie deren eins jetzt wiederum zu konstataieren ist, geradezu Vorschub zu leisten bestritten war. Wie war es doch beispielsweise schon einmal Mitte Oktober d. J. ? Damals, ohne daß zuvor auch nur die geringste Andeutung vorangegangen war, daß bei den Konservativen Neigung bestesse, ihren so und so oft und stets mit größter Energie proklamirten grundsätzlichen Widerspruch gegen jegliche Form direkter Reichssteuer, fallen zu lassen, schrieb die „Kreuz-Zeitung“ unphöhlisch und ganz unumwunden: „Alle Parteien, vorab die konservativ, seien fest entschlossen, der Regierung auf dem Wege einer ausgeglichener Besteuerung mittlerer und größerer Vermögen zu folgen.“ Und anschließend noch deutlicher werdend, fügte sie hinzu: „es werde immer wahrscheinlicher, daß sich die große Mehrheit des Reichstages mit der Regierung auf eine Vermögenssteuer einigt, die nicht in die Finanzhoheit der Einzelstaaten eingreift.“

Wie sehr auch letzterer Vorbehalt einem abschließenden Urteil über die Bedeutung dieser Erklärung entgegenstand, so konnte doch zweifellos aus ihr entnommen werden, daß eine Ausbarmachung der Vermögenssteuer — in irgend einer Form — für das Reich die Zustimmung der Konservativen finden werde. Aber auch das stellte sich, wie oben jetzt wieder, als ein „Mißverständnis“ heraus. Denn nachdem sich bereits fast die gesamte Presse der Amaraifisch auf eine so oder so geartete Reichsvermögenssteuer geeinigt hatte, folgte fast auf dem Fuße die Auffösung dahin nach: nicht von einer Reichsvermögenssteuer sei die Rede, sondern nur — von einer in den Einzelstaaten auf die Vermögen abzuwälzenden, „besonderen Art von Matrifularumlagen“.

Man fragt sich vergeblich nach dem Zweck dieser künstlich herbeigeführten Mißverständnisse. Vielleicht haben sie überhaupt keinen Zweck. Aber dann wäre es doch wohl besser, wenn das leitende Organ der Konservativen für den Ausdruck der innerlich dieser Partei herrschenden Ansichten und Absichten eine Form wählte, die nicht in solcher Weise geeignet wäre, irrezuführen.

## Telegramme.

**Essen a. Ruhr, 4. Januar.** (G. L. C.) [Amtliche Meldung.] Bei Einbruch des Eiszuges 197 von Steele-Nord in den Renionenbahnhof Essen Hauptbahnhof entgleiste heute um 7 Uhr 18 Minuten abends die Lokomotive mit einer Achse. Betrieb nicht gestört. Reparaturen nicht nötig. Ursache der Entgleisung bis jetzt nicht aufgeklärt.

**Darmstadt, 4. Januar.** (G. L. C.) Heute vormittag trat die Zweite Kammer wieder zusammen. Nach Eröffnung der Sitzung gedachte der Präsident, Geheimrat Haas, der schweren Feindschaft Italiens durch das Erdbeben und teilte mit,

daß sämtliche Abgeordnete dem Hilfskomitee beigetreten seien. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Wollhan betreffend die Einführung einer Glafchenweinsteuer erklärte Staatsminister Gnaub, die Regierung habe im Bundesrat beantragt, alle Weine, die von Privaten auf Flaschen gefüllt und selbst beschickt werden, soweit der Preis der Flasche 70 Pfennige nicht übersteigt, von jeder Abgabe freizulassen. Da dieser Antrag abgelehnt worden ist, habe die Regierung gegen den ganzen Entwurf gestimmt. Nachdem die Abstimmung bekannt geworden sei, habe die Regierung eine besondere Verwahrung gegen die Steuer im Reichstage nicht für angebracht gehalten. Sie glaube vielmehr, es den bestmöglichen Reichstagsabgeordneten überlassen zu können, die Verwirklichung der bevorstehenden Verhältnisse Gensens an zuständiger Stelle zu sichern. Der Minister des Innern, Braun, erklärte, daß die Regierung die Aufgabe gehabt hätte, die Vorlage als Ganzes zu prüfen. Aus Grund dieser Prüfung sei sie zu dem ablehnenden Standpunkt gekommen; denn zweifellos würde ein Teil des Landes durch die Weinsteuer schwer betroffen. Finanzminister Gnaub äußerte sich über die Finanzlage Gensens und betraf sich dabei im wesentlichen auf die Ausführungen der Kronräte. Der Minister stellte, eine Erhöhung der direkten Steuern um 25 bis 30 Prozent für 1910 in Aussicht.

**Damburg, 4. Januar.** (G. L. C.) Die gestrige Meldung über den Schiffsausbruch ist noch richtig zu stellen, daß die „Blantene“ nicht von dem Staatsdampfer „Gibe“, sondern von einem norwegischen Dampfer angerannt wurde. Der Dampfer „Gibe“ hatte die „Blantene“ nur vorsichtshalber nach Mos hinüber begleitet.

**Wien, 4. Januar.** (G. L. C.) Der Kaiser hat den türkischen Botschafter Reichid Pascha in feierlicher Audienz empfangen. Der Botschafter überreichte, nachdem er vom Kaiser herzlich begrüßt worden war, sein Beglaubigungsschreiben und stellte alsdann die Herren der Botschaft vor.

**Kopenhagen, 4. Januar.** (G. L. C.) Der wegen des Einbruchsdiebstahls in der Königsgaule der Domsitze zu Köskilde verhaftete Bernikow hat gestanden, bei Köskilde und Kopenhagen einen Teil der gestohlenen Wertgegenstände versteckt zu haben. Bei Köskilde wurden der von den dänischen Städten gestiftete goldene Kranz, das silberne Kreuz der Kinder des Königshaus, die silbernen Kränze des Präbenten Hallerens und der russischen Offiziere sowie ein silberner Palmzweig, sämtlich vom Zarig Gärten bei Kopenhagen wurden fünf silberne Kränze und eine silberne Schale gefunden.

**Petersburg, 4. Januar.** (G. L. C.) Der Präsident der Duma Gromajew teilte den Vertretern der Presse mit, er habe gestern während der Audienz beim Kaiser alle von der Duma und den Kommissionen behandelten laufenden Angelegenheiten berührt, ebenso die Interpellationen und Zwischenfälle in den Duma-sitzungen. Er habe den Eindruck erhalten, daß alle Gerichte über die Möglichkeit eines Erfolges der auf die Auflösung oder die Verweisung der Duma gerichteten Intrigen zweifellos unbeeinträchtigt seien.

**Sofia, 4. Januar.** (G. L. C.) [Meldung des Wiener K. K. Teleg.-Korresp.-Bureaus.] Die Sobranje hat in ihrer heutigen Sitzung das Budget für das Jahr 1909 angenommen. Einnahmen und Ausgaben balancieren mit 153 162 000 Francs. Für die Opfer der Erdbebenkatastrophe in Italien bewilligte die Sobranje 50 000 Francs.

**Peking, 4. Januar.** (G. L. C.) [Meldung des Neuterjchen Bureaus.] Nach einer Zusammenkunft des englischen, deutschen, japanischen und amerikanischen Gesandten begab sich gestern vormittag der englische Gesandte Jordan zu dem amerikanischen Gesandten Nothill, um den Wortlaut der Vorklemlungen, die dem Ministerium des Neupern wegen der Entlassung Yuan-fu-fais gemacht werden sollen, zu entwerfen. Die Gesandten sind sich zwar nicht einig, ob die Interessen der Ausländer tatsächlich in Mitleidenchaft gezogen werden, darin aber stimmen die Meinungen überein, daß der Friede bedroht ist.

(Siehe auch in der I. und II. Beilage.)